

Markt,  
s, die  
nd der

# Jenseits des Mietspiegels

Diskussion **Vergesellschaftung als Perspektive für Kämpfe um Wohnraum**

wieder zum Ort  
den konnte

verdi-Mitglieder und ehrenamtliche Gewerkschafterinnen sowie hauptamtliche Fachkollaboratorinnen die Forderungen der Pflichten und beredeten Solidarität und Gastfreundschaft statt der Drohung mit einer polizeilichen Räumung. Am Ende setzte sich die Basis durch.

## «Leben retten» – die Legende als Legitimation

Bund an Asylbewerberinnen im DGB-Haus hatten übrigens bereits im Juni an einem unbefristeten Hungerstreik auf dem Münchner Rindermarkt teilgenommen (siehe ak 585 «Hier ist Hunger anders» usw.). Die Debatte erhitzt bis heute die Gemüter. Dabei verwechseln in manche Politikerinnen, Journalistinnen, aber auch Linke eigene Ängste, Interessen und Gefühle mit Fakten und befürchteten Aussagen. Eine Woche nach der polizeilichen Räumung des Protestcamps schrieb zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung (SZ) über den Zustand der «Verdrängten»: «... einige waren bei der Hungeraktion bereits dem Hungerfod nahe» (Wahrheit oder Dichtung?)

Am 10. September präsentierte deshalb der AK Medienpolitik München der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (djj) in verdä in seinem Zwischenbericht der Medienanalyse «Der Rindermarkt, die Räumung und der rechtswidrige Filmmaterial, Augenzeugenberichte und umfangreiche Recherchenergebnisse. Diese belegen, dass die Räumung des Protestcamps nicht, wie

Von der Stadt AG Avanti Berlin



## Das Problem ist der Markt und zugleich der Staat.

Die Eigentumsfrage stellt sich – mit dieser Aufforderung endete in den letzten Jahren so mancher Artikel zu Abwehrkämpfen aller Art. Doch wie und warum stellt man die Eigentumsfrage? Das Fragen ist Indiz für die Ohnmacht, mit der linke Politik trotz vieler Mobilisierungserfolge der Tragheit des Bestehenden gegenübersteht. Auch nach fünf Jahren Finanzkrise scheinen die Verhältnisse festgefahren, viele Menschen sind ebenso unzufrieden wie hilflos.

Abwehrkämpfe gibt es, doch antikapitalistische Ansätze oder gar Utopien stoßen auf Desinteresse. Doch Utopien sind notwendig. Ging es in den trüben Jahren darum, politische Gestaltung gegen die Gerede vom «Ende der Geschichte» zu verteidigen, ist die Linke mit der anhaltenden Krise des Neoliberalismus längere Zeit in eine defensive Lage gezwungen. In der Debatte so gut wie das Thema Wohnen. Während anderswo die Immobilienpreise längst geplatzt sind, strömt in Deutschland das Kapital weiterhin zum «Betongold». Doch diese Investitionen in Wohnraum bringen für die Mehrheit keine Verbesserung der Lebensqualität, sondern Kostensteigerung und Vertreibung.

Aus verschiedenen Ecken der radikalen Linken ist hier die Forderung «Wohnraum Vergesellschaftet» laut geworden (1) – doch wie soll das konkret aussehen? Anhand von Beispielen auf lokaler und kommunaler Ebene wollen wir Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Organisation von Wohnraum betrachten.

## Hausprojekte und das Mietshäuser-Syndikat

Lokale Hausprojekte sind der Beweis, dass Wohnraum sinnvoll und kollektiv organisiert werden kann. In den meisten linken Hausprojekten werden Entscheidungen von allen Bewohnerinnen



Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit: Der Wiener Gemeindebau wurde vor allem durch Wohnraumsteuer auf Luxuswohnungen und niedrige Zinsen finanziert.

die Partizipation, auch dem Stadtteil und dem Kapital. Die Wohnungsmieten, aber nicht nur sind als die einzigen Gegenstände, in über die Bescheidene hinaus zu wachen, müssen lokale Projekte mit überregionalen Politikformen verbunden werden.

## Vom Roten Wien in den Berliner Sumpf

Ein solches soziales Konzept ist der soziale Wohnungsbau. Er hat in der außerparlamentarischen Linken jedoch kaum Fuß gefasst. Die große Welle der Hausbesetzungen in Westberlin Anfang der 1970er Jahre richtete sich gerade gegen einen sozialen Wohnungsbau, der für Flächenanierung und Stadtzerstörung stand und darüber hinaus tief verwurzelt war in einer mafiosen Struktur aus lokaler Politik, Bauwirtschaft und Anlegern.

Die Auswirkungen dieser katastrophalen Verbindung von sozialdemokratischer Wohnungspolitik mit den Interessen von Anlegern und Unternehmen sind noch heute zu spüren. Die aktuellen Proteste der Initiative Kotti & Co in Sozialbauten am Kottbusser Tor in Berlin richten sich

im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Auf dem Weg zu «Gemeindebau» verlor die Linke die Möglichkeit, die öffentliche Entwicklung des Wohnungsbaus in den Mietentwicklung.

Finanziert wurde der Wiener Gemeindebau ursprünglich vor allem durch Wohnraumsteuer auf Luxuswohnungen und niedrige Zinsen. Er war bei den Bauherren nicht als «Gemeindebau» verstanden, sondern als «Gemeindebau» für die Arbeiterschaft. In der Folgezeit für ein Entwicklungsmodell, in dem das Industriekapital deutlich das Finanzkapital dominierte und Interesse an niedrigen Mieten hatte, denn diese bedeuteten weniger Lohnkosten.

Dennoch: Heute wird in Österreich ein geringerer Anteil des Bruttosozialprodukts für die Wohnraumversorgung ausgegeben als in Deutschland, gleichzeitig gibt es größere Effektivität und geringere Mitnahmeeffekte der Immobilienwirtschaft. Gründe sind der Fokus auf Objektförderung und eine große städtische Liegenschaftsreserve statt Subjektförderung z.B. durch Wohngeld.

Über dem Strich war sozialer Wohn-

jedoch nicht dessen Logik, sondern stabilisierte durch Investitionsförderung die bestehenden Eigentumsverhältnisse.

Immer wieder war deshalb zu beobachten, wie privatkapitalistische Mechanismen auf die Gegenmodelle überschwappten. Bewusster Zerstörung und Privatisierung ging dabei oft ein Prozess von Entpolitisierung, innerer Korruption und Anpassung an private Akteure voraus. Für solche Korruption ist insbesondere der Berliner Bauflitz berichtigt, doch die Anpassung machte auch vor Genossenschaften und Hausprojekten nicht halt. Schon 1896 formulierte der Soziologe Franz Oppenheimer sein «Transformationsgesetz» und sagte voraus, dass im kapitalistischen Umfeld Genossenschaften stets nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit hätten und sich «am Markt» langfristig wie private Unternehmen verhalten müssten.

Das Problem ist also der Markt und zugleich der Staat. Vergesellschaftung ist eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die mit der warenförmigen Organisation von Wohnen und Bauen bricht. Wohnungen sollen nicht mehr am Markt gehandelt werden. Nicht nur einige, sondern alle größeren Wohnungsbestände müssen dauerhaft in öffentliche und demokratisch kontrollierbare Eigentumsformen überführt werden. Nur so kann verhindert werden, dass in Krisenzeiten Wohnraum als Ware oder nach Renditeerwartung veräußert wird.

Wohnraum soll nicht als Eigenheim von den Bewohnerinnen genutzt wird, muss schlicht enteignet werden. Auch dies keine Utopie – großflächig enteignet wurde etwa im Staatssozialismus der DDR und Osteuropas. Doch hier wie auch im sozialen Wohnungsbau fehlten genau jene Mitbestimmungsebenen, die kleinere Projekte innerhalb des Kapitalismus auszeichneten. Ein Plattenhaussozialismus, in dem Wohnungspolitik über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geplant wird, ist alles andere als die Verwirklichung des «Recht auf Stadt».

Der Zentralstaat kann nicht alleiniger Akteur von Wohnungspolitik sein, selbst wenn er real oder dem Namen nach von

Liquid xüto vonix @ Hamr 016

hi,

thx 4 coming ^\_^

+ thx 4 having us @ #amro16

*+ sry 4 not being as prepared as hoped .\_.  
still, should be worth the hassle*

# **workshop on 'liquid autonomy'**

input, idea, liable 4 the stuff here:



hans christian voigt

kellerabteil.org, @kellerabteil

# **workshop on 'liquid autonomy'**

moderation, commentary:



stefan schartlmüller  
vonunten.at, @igdemokratie

# liquid autonomy

a new idea, a developing concept and maybe an attractive political demand for self-governement of public goods, public service, infrastructure + ...

**liquid autonomy**



# liquid autonomy



self-government,  
self-administered by  
partakers,  
independence from  
state and market

**liquid autonomy**





# liquid autonomy



borrowed from  
liquid feedback  
and liquid  
democracy,  
of course

# liquid autonomy



ongoing,  
complex,  
multifaceted,  
web platform  
supported

# liquid autonomy



- ✓ catchy
- ✓ meaningful
- ✓ sounds kinda cool

# liquid autonomy



ongoing, complex self-administration,  
multifaceted, web platform supported  
self-government of public goods,  
services, infrastructure, ... by partakers

**utopia**

let's imagine

# **utopia**

in ten, twenty years

every person (or household?)

is partaking – on average – in

7,54 liquid-autonomy-administered

public corporations,

being actively engaged in 1,85. #ftw

## **utopia**

let's say I'm here speaking 2 you about  
(cause I don't like telling it in TEDxtalks)  
how I'm pretty engaged on three  
liquid autonomy platforms for three  
public corporations with vastly different  
scope:

## **mazzesinsel neighborhood**

local, housing, cultural center and activities, traffic, communal services

## **BBVn3t**

regional internet service provider, area of Bratislava, Brno and Vienna

## **comradesCast**

europa-wide public media project



with these three, I'm an engaged partaker, but there are other platforms where I do have an account:

- ▶ my health insurance
- ▶ urban planning Vienna
- ▶ university of Vienna (sometimes)
- ▶ a supplier of electric energy and gas
- ▶ the Arbeitskammer (chamber of labour)

# PARTAKER OF \_\_\_\_\_

## ACCOUNT

COMPANIONS ▶  
Groups

- ▶ Profile |
- ▶ Billing |
- ▶ Options |

U DECIDE ▶  
Pending Delegations

U CONTROL ▶  
Pending Delegations

UR ADMIN ▶  
Pending Delegations

SUPPORT ▶

«LIQUID AUTONOMY»

## **the concept**

1) yes, there is an administrative body, there is management, there are employees.

2) but there are no owners, no shareholders, no customers. What we have is partakers.

## **the concept**

3) consumers, users, contributors, ... and employees are all partakers as long as they are in one way or the other part of the public corporation.

4) everyone has an account on the liquid-feedback-platform.

## **the concept**

5) every account has equal rights in regards to liquid autonomy self-government of the corporation.

6) accounts come with rights and duties, they can be active / inactive depending on membership definitions

## **the concept**

7) the collective of active accounts (partakers) forms the permanent assembly that rules/manages the public corporation through four branches:

## **the concept**

- 8) deliberation,
- 9) supervision and controlling,
- 10) voting on strategic decisions,
- 11) appointing personnel.

# PARTAKER OF

# ACCOUNT

COMPANIONS ▶  
Groups

U DECIDE ▶  
Pending Delegations

U CONTROL ▶  
Pending Delegations

UR ADMIN ▶  
Pending Delegations

SUPPORT ▶

**- social network  
functionality.**

open debates.

posting ideas, crapy ones or  
really thoughtful stuff.

and sometimes things get a life  
on their own.

"liquid feedback".

«LIQUID AUTONOMY»

- ▶ Profile |
- ▶ Billing |
- ▶ Options |



# PARTAKER OF

# ACCOUNT

COMPANIONS ▶  
Groups

U DECIDE ▶  
Pending Delegations

U CONTROL ▶  
Pending Delegations

UR ADITIN ▶  
Pending Delegations

SUPPORT ▶

- ▶ Profile |
- ▶ Billing |
- ▶ Options |

**- decision making.**  
insight on strategic discussions.  
examining laid out analysis.  
voting on prepared scenarios.  
"liquid democracy".

«LIQUID AUTONOMY»

# PARTAKER OF \_\_\_\_\_

## ACCOUNT

COMPANIONS ▶  
Groups

▶ Profile |

U DECIDE ▶  
Pending Delegations

▶ Billing |

U CONTROL ▶  
Pending Delegations

▶ Options |

UR ADMIN ▶  
Pending Delegations

SUPPORT ▶

**- supervision and controlling.**  
reporting system.  
checks'n'balances organisation  
of accountability.

«LIQUID AUTONOMY»

# PARTAKER OF

# ACCOUNT

COMPANIONS ▶  
Groups

U DECIDE ▶  
Pending Delegations

U CONTROL ▶  
Pending Delegations

UR ADITTION ▶  
Pending Delegations

SUPPORT ▶

- ▶ Profile |
- ▶ Billing |
- ▶ Options |

interactive organigram  
of the administrative body.  
workplace and job descriptions.  
appointment procedures.  
**- personnel decisions.**

«LIQUID AUTONOMY»

**thoughts on the likelihood of similar  
concepts for liquid self-government  
in the digital age**

# **thoughts on the likelihood of similar concepts for liquid self-government in the digital age**

- ① the start-up, neoliberal, you are responsible, market driven track.
- ② the internal, management driven track.
- ③ the political activism, radical openness track.

## **① might come around like ...**

„transparency sells, let's give customers some business reporting ..

.. we got all those accounts, let them users use them, little bit of network functions, room for debate, dialog with management ..

.. participation, let's see what we can get with some gamification build in ..“

## ② could go down as ...

„we are a self-administred by law but in reality we can get held hostage by politicians and if XXX wins the election, we're fucked ..

.. so this is the plan: we interpret our self-government-rule anew, 21st century-style ..

.. we substitute the influence of the political elite with direct rule of all contributors ..“

## ③ **starts with the political demand**

„we declare that public goods, services and infrastructure are to be organised by the people using them.

because we can.

it is the right of the people using them.

simple as that.“



## **the idea is palpable**

use "liquid feedback" not for marginal policy debates but for collective self-government of important, big entities like:

- public service broadcasting
- universities, schools
- building and housing cooperatives
- public transport

**the concept should be ready**

**the demand clear and unapologetic**

# liquid autonomy



ongoing, complex self-administration,  
multifaceted, web platform supported  
self-government of public goods,  
services, infrastructure, ... by partakers

# liquid autonomy



along all four pillars of the concept:  
deliberation, supervision and controlling,  
voting on strategic decisions, appointing  
personnel

Markt,  
s, die  
nd der

# Jenseits des Mietspiegels

Diskussion **Vergesellschaftung als Perspektive für Kämpfe um Wohnraum**

wieder zum Ort  
den konnte

verdi-Mitglieder und ehrenamtliche Gewerkschafterinnen sowie hauptamtliche Fachkollaboratorinnen die Forderungen der Pflichten und beredeten Solidarität und Gastfreundschaft statt der Drohung mit einer polizeilichen Räumung. Am Ende setzte sich die Basis durch.

## «Leben retten» – die Legende als Legitimation

Bund an Asylbewerberinnen im DGB-Haus hatten übrigens bereits im Juni an einem unbefristeten Hungerstreik auf dem Münchner Rindermarkt teilgenommen (siehe ak 585 «Hier ist Hunger anders» usw.). Die Debatte erhitzt bis heute die Gemüter. Dabei verwechseln in manche Politikerinnen, Journalistinnen, aber auch Linke eigene Ängste, Interessen und Gefühle mit Fakten und befürchteten Aussagen. Eine Woche nach der polizeilichen Räumung des Protestcamps schrieb zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung (SZ) über den Zustand der «Verdrängten»: «... einige waren bei der Hungeraktion bereits dem Hungerfod nahe» (Wahrheit oder Dichtung?)

Am 10. September präsentierte deshalb der AK Medienpolitik München der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (DJJ) in verdä in seinem Zwischenbericht der Medienanalyse «Der Rindermarkt, die Räumung und der rechtswidrige Filmmaterial, Augenzeugenberichte und umfangreiche Recherchenergebnisse. Diese belegen, dass die Räumung des Protestcamps nicht, wie

Von der Stadt AG Avanti Berlin



## Das Problem ist der Markt und zugleich der Staat.

Die Eigentumsfrage stellt sich – mit dieser Aufforderung endete in den letzten Jahren so mancher Artikel zu Abwehrkämpfen aller Art. Doch wie und warum stellt man die Eigentumsfrage? Das Fragen ist Indiz für die Ohnmacht, mit der linke Politik trotz vieler Mobilisierungserfolge der Tragheit des Bestehenden gegenübersteht. Auch nach fünf Jahren Finanzkrise scheinen die Verhältnisse festgefahren, viele Menschen sind ebenso unzufrieden wie hilflos.

Abwehrkämpfe gibt es, doch antikapitalistische Ansätze oder gar Utopien stoßen auf Desinteresse. Doch Utopien sind notwendig. Ging es in den trüben Jahren darum, politische Gestaltung gegen die Gerede vom «Ende der Geschichte» zu verteidigen, ist die Linke mit der anhaltenden Krise des Neoliberalismus längere Zeit in eine defensive Position gezwungen. In der Debatte so gut wie das Thema Wohnen. Während anderswo die Immobilienpreise längst geplatzt sind, strömt in Deutschland das Kapital weiterhin zum «Betongold». Doch diese Investitionen in Wohnraum bringen für die Mehrheit keine Verbesserung der Lebensqualität, sondern Kostensteigerung und Vertreibung.

Aus verschiedenen Ecken der radikalen Linken ist hier die Forderung «Wohnraum Vergesellschaftung» laut geworden (1) – doch wie soll das konkret aussehen? Anhand von Beispielen auf lokaler und kommunaler Ebene wollen wir Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Organisation von Wohnraum betrachten.

## Hausprojekte und das Mietshäuser-Syndikat

Lokale Hausprojekte sind der Beweis, dass Wohnraum sinnvoll und kollektiv organisiert werden kann. In den meisten linken Hausprojekten werden Entscheidungen von allen BewohnerInnen



Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit: Der Wiener Gemeindebau wurde vor allem durch Wohnraumsteuer auf Luxuswohnungen und niedrige Zinsen finanziert.

die Partizipation, auch dem Stadtteil und den Kapitalgebern zu. Auch wenn die Autonomie, aber nicht mehr sind als die Finanzierung. In der Debatte über die Besetzung von Wohnraum hinaus zu weisen, müssen lokale Projekte mit überregionalen Politikformen verbunden werden.

## Vom Roten Wien in den Berliner Sumpf

Ein solches soziales Konzept ist der soziale Wohnungsbau. Er hat in der außerparlamentarischen Linken jedoch kaum Fuß gefasst. Die große Welle der Hausbesetzungen in Westberlin Anfang der 1980er Jahre richtete sich gerade gegen einen sozialen Wohnungsbau, der für Flächenanierung und Stadtzerstörung stand und darüber hinaus tief verwurzelt war in einer mafiosen Struktur aus lokaler Politik, Bauwirtschaft und Anlegern.

Die Auswirkungen dieser katastrophalen Verbindung von sozialdemokratischer Wohnungspolitik mit den Interessen von Anlegern und Unternehmen sind noch heute zu spüren. Die aktuellen Proteste der Initiative Kotti & Co in Sozialbauten am Kottbusser Tor in Berlin richten sich

im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu. Auch wenn die Autonomie, aber nicht mehr sind als die Finanzierung. In der Debatte über die Besetzung von Wohnraum hinaus zu weisen, müssen lokale Projekte mit überregionalen Politikformen verbunden werden.

Finanziert wurde der Wiener Gemeindebau ursprünglich vor allem durch Wohnraumsteuer auf Luxuswohnungen und niedrige Zinsen. Er war bei der Finanzierung nicht auf die öffentliche Hand, sondern auf die Renditeerwartung der Kapitalgeberinnen und Kapitalgeberinnen angewiesen. In der Debatte über die Besetzung von Wohnraum als Eigenheim von den BewohnerInnen genutzt wird, muss schlicht enteignet werden. Auch dies keine Utopie – großflächig enteignet wurde etwa im Staatssozialismus der DDR und Osteuropas. Doch hier wie auch im sozialen Wohnungsbau fehlten genau jene Mitbestimmungsebenen, die kleinere Projekte innerhalb des Kapitalismus auszeichneten. Ein Plattenbausozialismus, in dem Wohnungspolitik über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geplant wird, ist alles andere als die Verwirklichung des «Recht auf Stadt».

Dennoch: Heute wird in Österreich ein geringerer Anteil des Bruttosozialprodukts für die Wohnraumversorgung ausgegeben als in Deutschland, gleichzeitig gibt es größere Effektivität und geringere Mitnahmeeffekte der Immobilienwirtschaft. Gründe sind der Fokus auf Objektförderung und eine große städtische Liegenschaftsreserve statt Subjektförderung z.B. durch Wohngeld.

Über dem Strich war sozialer Wohn-

jedoch nicht dessen Logik, sondern stabilisierte durch Investitionsförderung die bestehenden Eigentumsverhältnisse.

Immer wieder war deshalb zu beobachten, wie privatkapitalistische Mechanismen auf die Gegenmodelle überschwappten. Bewusster Zerstörung und Privatisierung ging dabei oft ein Prozess von Entpolitisierung, innerer Korruption und Anpassung an private Akteure voraus. Für solche Korruption ist insbesondere der Berliner Bauflitz berichtigt, doch die Anpassung machte auch vor Genossenschaften und Hausprojekten nicht halt. Schon 1896 formulierte der Soziologe Franz Oppenheimer sein «Transformationsgesetz» und sagte voraus, dass im kapitalistischen Umfeld Genossenschaften stets nur eine begrenzte Aufnahmefähigkeit hätten und sich «am Markt» langfristig wie private Unternehmen verhalten müssten.

Das Problem ist also der Markt und zugleich der Staat. Vergesellschaftung ist eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die mit der warenförmigen Organisation von Wohnen und Bauen bricht. Wohnungen sollen nicht mehr am Markt gehandelt werden. Nicht nur einige, sondern alle größeren Wohnungsbestände müssen dauerhaft in öffentliche und demokratisch kontrollierbare Eigentumsformen überführt werden. Nur so kann verhindert werden, dass in Krisenzeiten wie in der DDR oder nach Renditeerwartung der Kapitalgeberinnen und Kapitalgeberinnen.

Wohnraum als Eigenheim von den BewohnerInnen genutzt wird, muss schlicht enteignet werden. Auch dies keine Utopie – großflächig enteignet wurde etwa im Staatssozialismus der DDR und Osteuropas. Doch hier wie auch im sozialen Wohnungsbau fehlten genau jene Mitbestimmungsebenen, die kleinere Projekte innerhalb des Kapitalismus auszeichneten. Ein Plattenbausozialismus, in dem Wohnungspolitik über die Köpfe der Bevölkerung hinweg geplant wird, ist alles andere als die Verwirklichung des «Recht auf Stadt».

Der Zentralstaat kann nicht alleiniger Akteur von Wohnungspolitik sein, selbst wenn er real oder dem Namen nach von

Liquid xivtovonix @ #amr 016